

Verhandlung auf Augenhöhe: Politik steht Gesprächen offen gegenüber

VON RAINER BREDA
UND MARITA ZIMMERHOF

HILDESHEIM. Die Verwaltungsräte hätten ihre Vorstände mit den Sondierungsgesprächen beauftragt: So verkündeten es gestern die Sparkassen in nahezu gleichlautenden Presseerklärungen. Doch das ist nur die halbe Wahrheit. Tatsächlich soll die hiesige Sparkassen-Spitze zuvor bereits mindestens einmal mit den Kollegen aus Goslar geredet haben. Aus dem Harz soll die Initiative zu den Gesprächen kommen, der Hildesheimer Verwaltungsrat ihnen vergangene Woche nachträglich seinen Segen gegeben haben – nicht euphorisch, einige der 18 Mitglieder sollen sich enthalten oder sogar dagegen gestimmt haben.

Grundsätzlich dominiert die Haltung: Reden kann man ja. So hält der Grünen-

Vertreter Volker Spieth es „für gerechtfertigt“, die Fühler nach Partnern auszustrecken. Komme es zu einer Fusion zwischen den Landkreisen Hildesheim und Peine, stünden entsprechende Gespräche ohnehin an. Spieth warnt aber vor Schnellschüssen: „Wir brauchen Fakten, müssen uns Zeit nehmen, in Ruhe entscheiden.“ Ob Arbeitsplätze in Hildesheim verlorengehen könnten, lasse sich für ihn noch nicht absehen. Das steht für Christian Berndt, den Chef der CDU-Kreistagsfraktion, außer Frage: Bei den Fachleuten für Revision, Rechnungslegung und Bankenaufsicht gebe es bei einer Fusion Einsparpotenzial. Doch er ist skeptisch: „Käme ein zukunftsfähiges Institut heraus oder laden wir uns unnötige Probleme auf?“ laute die wichtige Frage. SPD-Fraktionschefin Corinna Finke findet die Fusions-Idee „nicht

schlecht, ich sehe das als Chance für Hildesheim“. Die Hildesheimer Mitarbeiter müssten sich keine Sorgen um ihre Arbeitsplätze machen. Auch Oberbürgermeister Ingo Meyer rechnet nicht mit einem Job-Verlust durch eine Bankenehe. Aus seiner Sicht wäre es grob fahrlässig, wenn man nach der Anfrage einen Zusammenschluss nicht mal prüfen würde: „Die stetig steigenden Anforderungen an Kreditinstitute insbesondere im regulatorischen Bereich können von kleineren Einheiten kaum mehr wirtschaftlich bewältigt werden.“ Die Prüfung sei ergebnisoffen, die Folgen für Hildesheim würden erst untersucht.

Auch in den Verwaltungsspitzen der Landkreise stoßen die Pläne eines möglichen Zusammenschlusses auf positive Reaktionen. „Was für die Sparkassen gilt, gilt auch für die Landkreise. Wenn

uns die Einwohner 'wegbrechen', müssen wir rechtzeitig und vor allem selbstbestimmt neue Wege gehen, um vorhandenen Strukturen und Standards aufrecht erhalten zu können“, sagt Hildesheims Landrat Reiner Wegner. „Nichts anderes versuchen wir mit den Fusionsverhandlungen voranzubringen.“ Auf der Vorstandsebene hätten die drei Sparkassen erkannt, dass es Handlungsbedarf gebe. Die Verwaltungsräte seien informiert worden und hätten die Vorstände beauftragt, entsprechende Sondierungsgespräche aufzunehmen.

Oliver Junk, Oberbürgermeister der Stadt Goslar, sieht die sich anbahnende Entwicklung „ganz entspannt“. Es sei richtig, dass sich Vorstände und Verwaltungsräte Gedanken machten, was in zehn bis 15 Jahren sei. Noch habe es aber gar keine Gespräche gegeben, wis-

se niemand, wie ein zukünftiges Modell aussehen könne. „Es gibt keinen Druck im Hinblick auf Zahlen, wir setzen uns auf Augenhöhe an einen Tisch.“ Die Sparkasse Goslar sei eine „gesunde, stabile Bank“, auch wenn sie deutlich kleiner sei als die Hildesheimer Sparkasse. Um das Für und Wider einer Fusion abwägen zu können, müsse man Gespräche führen. Von einer Verweigerungshaltung halte er nichts. Es gebe keinen Druck, eine schnelle Lösung finden zu müssen. Goslars Landrat Thomas Brych, der zugleich auch Vorsitzender des Goslarer Sparkassen-Verwaltungsrates ist, erklärte gegenüber der Goslarer Zeitung nur knapp: „Wir sind momentan in einer guten Position und gehen ergebnisoffen in diese Gespräche.“

Von Peines Landrat Klaus Einhaus gab es gestern keine Stellungnahme.